



HALLE ★ *Die Stadt*

## Beschlussvorlage

Nummer: III/2002/02414  
Datum: 21.05.2002

Wiedervorlage:

Aktz.:

Bezug-Nr.:

Abteilung/Amt/Fraktion : GB Soziales Jugend u.  
Gesundheit  
Szabados, Dagmar

Beratungsfolge	Termin	Status	Zustimmung	Veränderung	Ablehnung
Bildungsausschuss	05.06.2002	öffentlich vorberatend			
Jugendhilfeausschuss	06.06.2002	öffentlich vorberatend			
Sportausschuss	25.06.2002	öffentlich vorberatend			
Kulturausschuss	26.06.2002	öffentlich vorberatend			
Stadtrat	21.08.2002	öffentlich beschließend			

**Betreff:** Leitziele der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik der Stadt Halle (Saale)

### Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt den Leitziele der Kinder-, Jugend und Familienpolitik der Stadt Halle (Saale) zu.

Ingrid Häußler  
Oberbürgermeisterin

## **Begründung:**

Am 11.04.2002 hat der Jugendhilfeausschuss die von der Verwaltung erarbeiteten „Leitziele der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik der Stadt Halle (Saale)“ zur Kenntnis genommen und an die Fraktionen, den Stadtjugendring und die Liga der Wohlfahrtsverbände der Stadt Halle (Saale) zur Diskussion und mit der Bitte um Stellungnahme übergeben. Änderungsvorschläge sollen bis Mai eingereicht werden. Gleichzeitig wurde festgelegt, dass der Bildungs-, der Kultur- und der Sportausschuss parallel zu beteiligen sind.

Die Intention des Jugendhilfeausschusses war es, ein grundlegendes „Leitpapier“ zum notwendigen Umbau der Jugendhilfe unter Beachtung aller relevanten Lebensumstände für Kinder, Jugendliche und Familien vorzulegen. Der Begriff „Politik“ innerhalb der Leitziele ermöglicht eine gesamtstädtische Betrachtungsweise, wodurch hingegen der Begriff „Hilfe“ die Gefahr in sich birgt, ausschließlich Aufgabenfelder, die unter dem Begriff „Jugendhilfe“ subsumiert sind, zu betrachten. Die Vernetzung und Zusammenarbeit mit den Bereichen Sport, Kultur, Bildung und kommerziellen Angeboten kommt im zukünftigen Prozess der Umgestaltung eine verstärkte Rolle zu. Dieser Ansatz wird als **Ressourcenorientierung auch außerhalb der Jugendhilfe** konsequent fortgesetzt.

Die Verwaltung stellt sich dem Anspruch, **die Aufhebung der Versäulung** der im KJHG nach Paragraphen zugeordneten Jugendhilfeleistungen voranzutreiben. Daraus resultiert auch ein neues Planungsverständnis. Die **ganzheitliche Sicht auf Kinder-, Jugend- und Familien** erfordert, dass die Jugendhilfeplanung sich primär am Sozialraum und an den Hilfebedarfen orientiert, das heißt, die alleinige Zielgruppenplanung aufgegeben wird.

Auf der Planungs- und Steuerungsebene wird die **Sozialraumorientierung** eingeführt. Kurz gefasst geht es bei der Sozialraumorientierung um:

- die Aktivierung der Eigenkräfte der Betroffenen;
- die Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement;
- die Organisation des Zusammenspiels von kommerziellen Angeboten, Selbsthilfe und öffentlichen Versorgungsleistungen wie Jugendförderung, Schule, Kultur und Sport;
- letztlich um die Verbesserung der Zielgenauigkeit sozialer Leistungen.

Die Verwaltung verfolgt mit der vorzeitigen Vorlage der Leitziele der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik im

1. Schritt die Zielstellung, schnellstmöglich den Prozess der Umgestaltung im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit (§ 11 KJHG) voranzubringen.

2. Schritt ausgehend von den vorgelegten Leitziele sind konkrete Qualitätskriterien zu entwickeln, welche die Grundlage des zukünftigen Controllingsystems werden.

Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe und die freien Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit sind gefordert, bis Anfang Mai ihre Konzepte entsprechend der Leitziele im Amt für Kinder, Jugend und Familie einzureichen.

Dem Jugendhilfeausschuss wird im Juni, ausgehend von den vorgelegten Konzepten, eine Beschlussvorlage zum Umbau der offenen Kinder- und Jugendarbeit als Fortschreibung der Jugendhilfeplanung vorgelegt.

## **Leitziele der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik der Stadt Halle (Saale)**

### Präambel

Seit der politischen Wende 1989/90 gelang es, in der Stadt Halle(Saale) ein funktionierendes System der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe um- bzw. aufzubauen. Parallel dazu wurden vielfältige Angebote im kulturellen, sportlichen und schulischem Bereich weiterentwickelt. Die Stadt Halle (Saale) gestaltet die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen so, dass die Eltern und die jungen Menschen für sich selbst und füreinander Verantwortung tragen können.

Zu nennen sind u. a.:

- ◆ Für jedes Kind, dessen Eltern es wünschen, steht ein Platz in einer Kindertageseinrichtung zur Verfügung.
- ◆ Es existieren verschiedene Netzwerke zur Absicherung der Rahmenbedingungen für Familien, die weiter ausgebaut werden.
- ◆ Eine Vielzahl von Vereinen und Verbänden unterschiedlicher Wertorientierungen verbunden mit einer entsprechenden Vielfalt an Inhalten, Methoden und Arbeitsformen ist entstanden.
- ◆ Schulsozialarbeit und Jugendberufshilfe wurden aufgebaut.

Strategie unserer kommunalen Kinder-, Jugend- und Familienpolitik muss es künftig sein, bedarfsgerechte **Leistungen und Angebote vorzuhalten und höhere Wirkungsgrade zu erreichen**. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist eine Vernetzung und Kooperation der verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche (z.B. Schule, Sport, Kultur, Jugendhilfe, Umwelt, Gesundheit, Wohnen und Arbeit) unerlässlich. Dabei ist die Einbeziehung und Mitwirkung der vor Ort politisch Agierenden unabdingbar.

Qualitätskriterien auf der einen und Indikatoren zur Wirkung auf der anderen Seite sind wesentliche Bewertungsgrößen für Qualitätsentwicklung. Für alle Arbeitsfelder sind entsprechende Qualitätskriterien in Fachdiskussionen (weiter) zu entwickeln. Gleichzeitig müssen sich die qualitativen und quantitativen Indikatoren an regelmäßigen Evaluationen messen lassen.

Die **Indikatoren zur Wirkung** sind von der Entwicklung im Sozialraum abzuleiten, z.B.: Welche Auswirkungen haben präventive Angebote der **offenen Kinder- und Jugendarbeit** auf:

1. die politische Bildung und somit auf demokratisches und tolerantes Handeln
2. die Berufsfindung, Ausbildung und somit Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit
3. der Gesundheitszustand, z. B. Sprachentwicklung, motorische Entwicklung
4. die Quantität der Hilfen zur Erziehung
5. die Entwicklung der Straßenkinderszene
6. das Zurückdrängen von Schulbummelei

um nur einige Beispiele zu nennen.

Prävention, Dezentralisierung, Regionalisierung, Alltagsorientierung, Integration, Partizipation und Lebensweltorientierung sind als unabweisbare Prinzipien gelingender Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, die sich am ehesten konkret, sicht- und somit bewertbar im jeweiligen Sozialraum umsetzen lassen.

Der Sozialraumorientierung und –aktivierung kommt daher zukünftig eine entscheidende Rolle zu.

## **1. Unter Beteiligung der Kinder, Jugendlichen und Familien soll der Sozialraum gestaltet und das Selbsthilfepotential der Familie genutzt werden.**

Kinder, Jugendliche und Familien fühlen sich in ihrem Stadtteil vor allem dann zu Hause, wenn sie ihre eigenen Vorstellungen von der Gestaltung ihres Lebensraumes umsetzen können.

Aktive Beteiligungsprozesse sichern Wahrnehmung von Eigenverantwortung und die Übernahme von Mitverantwortung.

Kinder-, Jugend- und Familienpolitik bezieht sich deshalb vor allem auf das konkrete Lebensumfeld. Dabei ist insbesondere bürgerschaftliches (ehrenamtliches) Engagement aktiv zu fördern.

*Aufgaben:*

- Schaffung von Beteiligungsstrukturen
- Darstellen des soziokulturellen Netzes
- sozialraumbezogene Treffpunkte nutzen (hierfür bieten sich sowohl Schule, Hort, als auch Kindertages- oder Jugendfreizeiteinrichtungen sowie Einrichtungen des Sport- und Kulturbereichs an)
- öffentliche Diskussionsforen (Stadtteilkonferenz) und fachliche Gremien (Regionalkonferenz, Vernetzungsgruppen, Netzwerk Familienbildung) sind territorial aufeinander abzustimmen
- Aufbau eines zuverlässigen Sozialraummanagements (dadurch Verbesserung der Problemwahrnehmung und Problemlösung)
- aktive Beteiligung am Netzwerk für Integration<sup>1</sup>
- Ausnutzung aller Möglichkeiten der Beteiligung behinderter Menschen

## **2. Erhöhung der Effizienz und Effektivität der Angebote von Jugendhilfe-, Sport-, Sozial- und Kultureinrichtungen durch Vernetzung.**

Die Stadt Halle (Saale) verfügt über ein flächendeckendes Angebot an Kindertageseinrichtungen und Horten sowie über ein gut ausgebautes Netz sozialer Einrichtungen, Beratungsstellen und vielfältiger Angebote im Kultur- und Sportbereich.

Diese Angebote waren bisher meist eng auf interessenbezogene Zielgruppen orientiert. Zukünftig sollen Strukturen entwickelt werden, die ein aufgaben- und themenübergreifendes Wirken der Akteure in Schule, Jugendhilfe, Kultur und Sport gewährleisten. Ressourcen werden gebündelt und ineffiziente Mehrfachangebote vermieden.

*Aufgaben:*

- Definition von Sozialräumen als Planungs- und Handlungsgröße
  - Einbindung der relevanten Akteure in die Stadtteilvernetzungsgruppen
  - Entwicklung eines sozialräumlichen Controllings
  - Verwaltung ist sozialräumlich anzupassen
- Erweiterung der Fachkompetenz der Akteure,

---

<sup>1</sup> siehe „Konzept zur Integration der Migranten in der Stadt Halle (Saale)“

### **3. Weiterentwicklung von Rahmenbedingungen, die Kindern, Jugendlichen und Familien gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.**

Familien leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur gesellschaftlichen Stabilität.

Es ist deshalb eine zentrale Zielsetzung der Kinder, Jugend und Familienpolitik, Familien in ihren Selbsthilfekompetenzen ernst zu nehmen und ggf. zu stärken.

Das bestehende Förder- und Unterstützungssystem ist so weiterzuentwickeln, dass es bedarfsgerecht auf den Wandel von Familie und auf die veränderten Bedingungen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen reagieren kann.

Um Ausgrenzungen zu vermeiden, müssen Angebote für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche gemacht werden.

*Aufgaben:*

- Aus der Reflexion der sozialen Situation Familienunterstützung sichern:
- bedarfsgerechter Kinderbetreuung
- attraktive, wertevermittelnde Freizeitangebote
- Benachteiligungen durch verlässliche Fördernetzwerke bekämpfen.
- Weiterentwicklung der Jugendberufshilfe durch weitere differenzierte Ausgestaltung der Kooperationsvereinbarung zwischen Schule, Arbeitsverwaltung, Sozialamt und Jugendhilfe
- Einbeziehen der Drogenhilfe in bestehende Kooperationen

### **4. Förderliche Rahmenbedingungen für Erziehung und Bildung sind als kommunalpolitische Aufgabe zu gewährleisten**

Der Erziehung und Wertevermittlung muss neben dem notwendigen Bildungsauftrag wieder größere Priorität zugemessen werden. Dafür haben alle gesellschaftlichen Kräfte Verantwortung. Familien und deren Kindern ist innerhalb des Erziehungs- und Bildungsprozesses Unterstützung zu geben.

*Aufgaben:*

- Schule als Lebensraum stärker für Begegnung und Kommunikation im Sozialraum nutzen
- offene Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien dort machen, wo diese sind. Dabei neben den Einrichtungen der Jugendarbeit verstärkt offene Treffs, Kultur- und Sporteinrichtungen nutzen.
- gemeinsamer Arbeitskreise für lernbehinderte bzw. -benachteiligte Kinder
- Beteiligungsprojekte von Schulen im Rahmen der Stadtentwicklung (z. B. im Südpark)
- Öffnung der Schulhöfe
- offene Angebote für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung in Zusammenarbeit zwischen Schule, Jugendarbeit, Sport und Kultur
- schulnahe Jugendarbeit unter Nutzung im Sozialraum vorhandener Angebote und Schulräume
- Kooperationsvereinbarung gegen Schulbummelei
- Vereinbarung zur Umsetzung des Suchtpräventionskonzeptes
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Bildung“ im Netzwerk für Integration

## **5. Intervention durch ganzheitliche Sichtweise auf Hilfebedarfe für Kinder, Jugendliche und Familien**

Auch zukünftig wird unsere Kinder-, Jugend- und Familienpolitik nicht verhindern können, dass spezifische Hilfsangebote insbesondere für sozial Benachteiligte vorgehalten werden müssen. Es geht vorrangig darum, die Hilfe möglichst im bestehenden Lebens- und Erfahrungsraum der Kinder, Jugendlichen und Familien anzubieten. Ein frühzeitiges Erkennen von problematischen Entwicklungsverläufen und eine ganzheitliche Sichtweise auf die individuellen Hilfebedarfe muss auch durch Differenzierung des Prinzips der „Komm – Struktur“ zu einer bedarfsgerechten „Geh – Struktur“ erfolgreich umgesetzt werden. Dabei soll Hilfe aktivieren und fördern.

### *Aufgaben:*

- frühzeitige Vernetzung und Entsülung der sozialen Dienste innerhalb und außerhalb der Verwaltung
- umfassende Förder- und Hilfepläne für Familien
- sozialraumorientierte Jugendhilfeplanung,